

Verbote über Verbote in Dresden

Verstärkte Durchführung der faschistischen Diktatur durch die Schied-Regierung

Das Dresdner Volkspolizeipräsidium hat die vom Verband proletarischer Freiender für gestern geplanten Werbeabende auf Grund der 848-Verordnung Hindenburgs und Brüninggs verboten. Weiter wurde bis für heute den 4. April im Reglement geplante Freienderversammlung verboten. Die auf die Verlesung hinarbeitenden Flugblätter wurden gleichfalls verboten!

Die bürgerlich-sozialdemokratische Presse veröffentlicht eine Erklärung des sächsischen Innenministers der Schied-Diktatur, Richter, der bei der Einführung Killy's wörtlich sagte: „Ich möchte erklären, daß die sächsische Regierung keine Gelegenheit gehabt habe, zum Inhalt der Verordnung vor ihrem Erlaß Stellung zu nehmen, und daß sie sich auch, wenn ihr hierzu Gelegenheit gegeben worden wäre, namentlich gegen einige, die Landeshoheit halt einengende Bestimmungen gewandt haben würde. Die Regierung weiß sich frei von allen schamhaften Tendenzen und glaubt, daß in der Vergangenheit bewiesen zu haben. Sie hofft deshalb auch zuversichtlich, daß es im Freistaat Sachsen nur im geringen Umfange notwendig sein wird, von den Vollmachten der Verordnung tatsächliche Gebrauch zu machen.“

Sohn ohnegleichen! Die sächsische Schied-Diktatur, die noch vor der 848-Verordnung für ganz Sachsen Demonstrationsverbot verhängte, weiß sich frei von schamhaften Tendenzen! Sie wird von den „Vollmachten der Verordnung...“ nur im geringen Umfange Gebrauch machen! Die bürgerlich-sozialdemokratische Presse, die Richter's Rede“ herausstreicht, schämt die Wertigkeiten Sachsens sehr dumm ein, wenn sie hofft, den Wolf in einen Schafspelz kleiden zu können! Auch die neuesten Verbote der Freienderveranstaltungen zeigen überdeutlich, daß

das Schied-Kabinett Brüninggs sächsische Filiale zur Durchführung der faschistischen Diktatur ist und daß die SPD, die „linken“ Rechten Wedel, Edel und Co. ihre Katafen sind.

Berlin, 4. April. (Eig. Drahtmeldung.)

In einer öffentlichen Bekanntmachung erklärt der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski, daß er nicht nur alle Verlesungen und Umzüge des kommunistischen Jugendverbandes und des Verbandes proletarischer Freiender verboten hat, sondern daß er auch die Haus- und Hofpropaganda durch Mitglieder des Verbandes proletarischer Freiender mit Polizeigewalt unterbunden würde.

Berlin, 4. April. (Eig. Bericht.)

Die proletarischen Freiender hatten zu Ostern eine Schrift „Kauferschlag“ herausgegeben. Diese Kauferschlag-Schrift hat jetzt der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski beschlagnahmt. Sozialdemokratische Arbeiter, wozu ihr für diese Politik der SPD-Führerschaft weiterhin die Mitverantwortung tragen? Bredt mit dem Wels und Stampfer, reich auch ein in die rote Einheitsfront!

Dresden, 4. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die Dresdener Polizei verbot die Verteilung eines Flugblattes, in dem der Brief eines deutschen Arbeiters aus Russland abgedruckt war und lediglich den Zweck hat, auf die Sondernummer der IZ „Deutsche Arbeiter in der USSR“ hinzuweisen.

wirkung der Diktaturordnung Brünings auf der wirtschaftlichen Front. Wie die Unternehmer den Kampf um die Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter einleiten, zeigt die Deutsche Arbeitgeberzeitung, indem sie schreibt:

„Im Rohstoffkampf wird die hauptsächlich geschlagen werden. Weder die Billigkeit noch das Recht werden hier anzuhelfen, sondern allein die Macht.“

Die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sind für den Kapitalismus eine Lebensfrage.

So wie die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer im Reichstag die faschistischen Methoden der Brüning-Regierung zur weiteren Unterdrückung der Arbeiterklasse unterzügen, so zeigen sie sich auch beim Angriff auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen als treue Palastknechte der Unternehmer. Mit einer zynischen Frechheit fordern sie die Bauarbeiter auf, die Schandbriefe zu unterschreiben, wenn sich die Unternehmer verpflichten, bei einer Verbindlichkeitsklärung des Prozentigen Lohnausgleichsbeschlusses, den von 9 bis 16 Prozent abgebauten Lohn zurückzuführen, zu unterschreiben. Damit erklärt sich die sozialfaschistische Bürokratie ganz offen mit einem Prozentigen Lohnraub einverstanden. Die allgemeine Demagogie dieser sogenannten „linken“ sächsischen sozialdemokratischen Führer tritt aber noch besonders stark in Erscheinung, wenn sie die Bauarbeiter auf eine Zurückzahlung des von den Unternehmern zu viel abgezogenen Lohnes verpflichten. Die Lohnabbaupolitik der Gewerkschaftsbürokratie, das offene Eintreten für die Verschlechterung der Löhne wird in der Dachdeckerzeitung des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands vom 16. 11. 30 ausgesprochen. In der genannten Gewerkschaftszeitung wird zu dem Schiedspruch der Berliner Metallarbeiter Stellung genommen. Der Hauptvorstand des Dachdeckerverbandes schreibt dazu folgendes:

„Einmütig hat dieses Gericht — kann man es überhaupt Schiedsgericht nennen? — 3. und ab 15. Januar 2 Prozent Lohnabbau verfügt. Dies in einer Zeit, in der die Gemeinden weitere Kosten beizuliegen, in der die Mieten ständig steigen, in der noch keinerlei Abbau der Preise für die Lebensmittel der breiten Massen zu verspüren ist. Man sieht sich an den Kopf.“

Ja, haben sich denn diese Drei überhaupt Gedanken gemacht? Wir glauben es fast nicht. Sie haben einfach dem Gehirne der Regierung nachgegeben. Wenn nur Jarres in dieser Horn getauet hätte, das wäre noch zu verstehen, wenn Brauns es tat, das mag ihm der liebe Gott vergelten, er glaubt ja an ihn — wir können es nicht. Daß uns aber Professor Sinzweiler dieses Kuriosum in das Gewerkschaftsblatt geleitet hat, das ist einfach unerträglich — wie will das Einzelmitglied verantwortlich sein?

Da braucht man wirklich nicht zu sagen: „Gott strafe mich.“ Wir sind dadurch gestraft genug. Wäre ich Schiedsrichter gewesen, das mindeste, was ich getan hätte, wäre gewesen zu erklären: „Lohnabbau viellecht, — ja — aber nur Zug um Zug.“

Was sich ein Teil der Gewerkschaftsführer noch nicht wagt auszusprechen, wird hier vom Zentralvorstand des Dachdeckerverbandes offen gesagt. Lohnabbau, ja, aber nur nicht so viel auf einmal, damit es die Arbeiter nicht so merlen.

Kann von der Möglichkeit einer Kürzung der Bauarbeiterlöhne überhaupt gesprochen werden? Nein! Hunderttausende von Bauarbeitern sind ein Jahr und noch länger arbeitslos. Hunderttausende beziehen monats- und jahrelang laufend Wohlfahrtsunterstützung. Sie selbst und ihre Familien sind abgemüht, sie haben weder Schuhe noch Kleider. Dazu kommt, daß die Kaufkraft des Lohnes im Baugewerbe gegenüber dem Vorjahr um weitere 4 Prozent gesunken ist. Im Jahre 1929 wurden schätzungsweise 3 Milliarden Mark Löhne im Baugewerbe ausgezahlt. Im Jahre 1930 verringerte sich die Lohnsumme um 600 bis 700 Millionen Mark. Wie weit die Verelendung der Bauarbeiter vorgeschritten ist, geht daraus hervor, daß der Bauarbeiter mit dem was er in 6 Tagen verdient, 14 Tage leben muß.

Besonders in Sachsen ist das Elend des Baugewerbes groß. Die Erwerbslosigkeit im Baugewerbe hat zur Zeit einen Höhepunkt erreicht, wie ihn die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung noch nicht gesehen hat. So waren nach einer Erhebung am 2. März 1931 von 65791 Mitgliedern des Baugewerksbundes 26 086 Maurer, 19 497 Bauhilfsarbeiter, 1547 Tiefbauarbeiter, 526 Zementler usw. arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit beträgt 82,5 Prozent. Viele Tausende beziehen überhaupt keine Unterstützung.

So wie in den anderen Industriezweigen geht auch die Nationalisierung und technische Umstellung der Bauwirtschaft auf Kosten der Arbeiterschaft mit Riesenschritten vorwärts. Die Mehrarbeitserhöhung ist gewaltig gestiegen. Wenn man bedenkt, daß heute alle Bauten infolge der Nationalisierung und des schamlosen Antirechtsbegriffes in höchstens 60 Prozent der Arbeitszeit fertiggestellt werden gegenüber früher, und die Arbeiter mindestens 100 Prozent mehr leisten müssen, so zeigt das die gewaltige Ausbeutung der Bauarbeiterschaft.

Keinen Fleckig Lohnabbau, das muß die Lösung aller im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter sein. So gibt kein Verhandeln mit den Unternehmern über einen Abbau der Löhne. Die sofortige Arbeitslosenüberlegung, der Eintritt in den Streik ist der einzige Ausweg.

der beschritten werden muß, um den Hauch der Löhne abzuwehren. Die Bauarbeiterschaft muß sich aber auch darüber im Klaren sein, daß der Kampf gegen den Abbau der Löhne ein politischer Kampf ist.

Die letzten Bewegungen in der Textilindustrie, im Bergbau usw. haben mit aller Deutlichkeit den politischen Charakter der Lohnkämpfe gezeigt. Schon in der Vorbereitung und Organisation des Kampfes wurde die Polizei eingeleitet. Mit Karabinern und Panzerwagen wurde gegen die Streikenden vorgegangen. In allen Fällen hat sich die Gewerkschaftsbürokratie mit dem Polizeiterror kollaboriert, den Streikbruch organisiert und auf der Seite des Klassenfeindes gegen die Arbeiterschaft gehalten. Unternehmertum, Staatsapparat und Gewerkschaftsbürokratie bilden in den kapitalistischen Lohnkämpfen eine geschlossene Front im Kampfe gegen die Arbeiterschaft.

Diese Tatsachen müssen auch die sozialdemokratischen Bauarbeiter leben. Sie müssen begreifen, daß die Politik ihrer Führer die Unterdrückung der Arbeiter und der Hungerregierung Brünings ist. Sie müssen erkennen, daß es nur einen Ausweg gibt, und zwar an der Seite der revolutionären Arbeiter, unter Führung der kommunistischen Partei und der NSD zu kämpfen!

Die sozialdemokratische Arbeitergruppe, die Bauarbeiter, die Plebeier der bürgerlichen Arbeiterbewegung, müssen und dürfen in diesem Kampfe nicht unterliegen. Selbste ist es den Unternehmern und der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie, den Kampf der Bauarbeiter niederzuschlagen, widerstandslos den geplanten Lohnraub durchzuführen, so ist das ein entscheidender Schlag gegen die gesamte Arbeiterklasse.

NSD-Mitglieder, Gewerkschafts-, Betriebsratsleiter aller Jahrgangsklassen, lassen uns Mobilisierung der Bauarbeiter für die künftige Unterdrückung des Kampfes zur Verbesserung der Kampfweise und Aufhebung der Streikverbote helfen bei Glog!

APD-Volksbegehren in Thüringen

Die arbeiterfeindliche Regierungspolitik wird mit Hilfe der SPD fortgesetzt

Weimar, 2. April. An dem Tage, an dem Fried gestürzt wurde, war er noch gezwungen, die Zulassung des kommunistischen Volksbegehrens zur Wahlung des Thüringer Landtages beauftragt zu geben. Die Zahl der notwendigen Unterschriften wurde, trotzdem diese nur in zwölf Orten Thüringens gesammelt wurden, gewaltig überschritten. Die Eintragungen finden vom 19. April bis 2. Mai statt.

Die von der APD einseitige Massenbewegung gegen den Faschismus und die reaktionäre Thüringer Regierung ist der sozialdemokratischen Bürokratie äußerst unangenehm. Die SPD weiß ganz genau, daß der bisherige reaktionäre Kurs fortgesetzt werden wird. Der Ministerpräsident Baum, ein reaktionärer Verbündeter, wird weiter die Führung behalten. Wahrscheinlich werden einige sogenannte „Teameminister“ hinzugefügt und die SPD wird diese Koalition nach dem Willen der Brüningregierung wohlwollend tolerieren. Die SPD wird also in Thüringen, genau wie im Reich, an Stelle der Nazis in die Bresche springen.

Die Flucht aus der SPD

Berliner Stadtbaurat Wagner tritt aus

Der Berliner Stadtbaurat Martin Wagner, bisher SPD-Mitglied, ist aus der SPD ausgetreten. Wagner erklärt, daß er die Mitverantwortung für die Politik der SPD nicht mehr tragen konnte.

Tausende von SPD-Arbeitern ringen heute noch mit sich selbst, da sie die Mitverantwortung für die Politik der SPD-Führerschaft schon längst nicht mehr tragen können. Viele Arbeiter müssen zu Entschlüssen kommen: Bruch mit der SPD.

SPD-Vorstand Därschen deckt Wels

Der erweiterte Bezirksvorstand der SPD Olschken nahm im Beisein der ostfälischen W. d. R. eine Entschliessung an, in der mit keinem Wort die Bewilligung des Panzerkreuzers und des Wehrersatzes verurteilt wird. Dagegen unterstützen sie offen die Wels-Diktatur in der SPD, indem sie bedingungslose Unterstützung unter dem Beschluß des Parteivorstandes von allen Abgeordneten verlangen. Damit hat der ostfälische Bezirksvorstand die „oppositionelle Masse“ endgültig lassen gelassen.

Provokateurarbeit „Granatenerplosion“

Der Dresdener Anzeiger berichtet aus Berlin:

Im Vorort Hohenhühnen erfolgte heute nachmittag im Hofe eines Hauses der Dingelstädter Straße eine heftige Explosion, durch die zahlreiche Fenster Scheiben zertrümmert und mehrere Telegraphendrähte zerfallen wurden. Die Polizei fand auf dem Hofe die Reste einer bedenklichen Handgranate in Köhrenform. Auf dem Gelände der Industriebahn zwischen

NS-Bahnen bei der Chemnitzer Straßenbahn ungünstig

Erfolg der NSD im Kraftwerk Dirschfeld

Durch Arbeitsgerichtsbeschluß wurde am 31. März der Nachzahlung der Chemnitzer Straßenbahn-Betriebskosten durch die NSD festgelegt und die Wahlen für ungültig erklärt.

Die Wahlen werden voranschreitend Mitte bis Ende Mai wiederholt werden. Damit ist der reformistische Betrugsvorschlag endgültig aufzuheben. Die Chemnitzer Straßenbahner werden mit dem Reformisten einen Sieg abzurufen.

Den Reformisten einen Sieg abzurufen

Die Betriebsratswahl bei der NSD Dirschfeld ist ein Erfolg für die NSD. Seit der letzten Betriebsratswahl waren von 120 Arbeitern entlassen, größtenteils oppositionelle Kollegen. Trotzdem gelang es der roten Einheitsliste, einen Sieg zu erringen.

Reformisten 500 Stimmen, 3 Siege (1930: 9)

NSD 250 Stimmen, 3 Siege (1930: 1)

und sich den Leipziger offenen Koalitionspolitikern um Piesmann und Graupe angeschlossen. Daß diese Haltung des ostfälischen Bezirksvorstandes keineswegs dem Willen und der Meinung der ostfälischen SPD-Arbeiter entspricht, dafür ist nicht nur der Verlauf der SPD-Konventionen ein deutlicher Beweis, sondern auch die heftige Protestaktion in den ostfälischen Mittelstädteversammlungen. Die Bemühungen der Herren Wels und Edel, die Masse der SPD-Arbeiter im Sumpf des Panzerkreuzer-Sozialismus ertränken zu lassen, werden vergeblich sein!

Terror gegen Reichswehrsoldaten

Wie die bürgerliche und SPD-Presse meldet, wurden in Jüttenwalde 7 Angehörige des Reiterregiments 9 der Reichswehr, darunter einige Unerschollene, wegen „kommunistischer Zellenarbeit“ verhaftet.

Demonstranten werden verhaftet

Die Morgenausgabe des Berliner Tageblattes meldet aus Rauen (Markt Brandenburg): „Gestern abend gegen 8 Uhr zog plötzlich ein Zug von etwa 150 Kommunisten mit Schmähdreden auf die Regierung durch die Straßen. Am Bahnhof stellte sich dem Demonstrationen ein großes Aufgebot Polizeibeamter entgegen. Der Anforderung der Rechten, diesen Zug aufzulösen, kamen die Kommunisten nicht nach. Da es in den Straßen am Bahnhof immer wieder zu Zusammenstößen kam, mußte die Polizei mehrmals von der Waffe Gebrauch machen.“ Wie wir dazu erfahren, wurden unter der Führung des Polizeibeamten an dieser Demonstration in Berlin 19 Arbeiter verhaftet. Die rote Fahne berichtet, daß am Donnerstag in verschiedenen Stadtteilen Berlins Demonstrationen der Arbeiter und Arbeiterjugend stattgefunden haben.

Du hast jetzt Zeit

die Rundfrage unseres Preisausschreibens „Wie schmiedest du die rote Einheitsfront?“ zu beantworten! Schreibe sofort. In der nächsten Sonnabend-Nummer werde Antworten veröffentlicht. Deine muß dabei sein!

Hohenhühnen und Friedländer wurden später zehn Handgranaten mit Zündern der gleichen Konstruktion gefunden. Daneben lagen Nachpapier und mehrere veraltete Exemplare einer kommunistischen Zeitung. Es ist anzunehmen, daß Kinder das Folter, das schon längere Zeit dort eingekerkert haben wollte, fanden, es öffneten und eine der Handgranaten mit nach dem Hofe des Hauses in der Dingelstädter Straße nahmen. Dort haben sie wahrscheinlich eine Ahnung von der Gefährlichkeit des Fundes aufgetragen, zu ihrem Glück davongelungen. Unmittelbar darauf ist dann die Explosion erfolgt. Ob diese Zeitung zutrifft, bleibt abzuwarten.“

Die Granaten, die explodierten, nachdem Kinder sie „zufällig“ finden, „daran drehen“ und dann „weglaufen“, sind, wobei noch ausgerechnet eine kommunistische Zeitung in mehreren Exemplaren gefunden wird — über eine so hohle und dumme Provokateurarbeit braucht man nicht viel Worte zu verlieren! So machte man es unter dem Jarismus, so machte man es auch unter dem Sozialistengelei, um gegen die Partei des Proletariats zu fegen!

Das dumme Provokateurstück findet keine Beleuchtung durch die Kritik der bürgerlichen Presse, die eine Kampagne über erlundene „Terrorgruppen der NSD“ zu entfalten versucht.

Der offene Kurs der Volkspolizei zur Unterdrückung der Brüning-Diktatur hat sie bereits so tief sinken lassen, daß sie offensivere Spitzaktionen als „kommunistische Terrorgruppen“ in Verbindung mit dem „Kampf“ gegen die Arbeiterklasse als um die Verhaftungen, die im Zusammenhang mit den Sprengstoff-Funden in offenen Autogaranen der NSD u. a. m. erfolgt sind. Diese „Terror“, denen der Spitzkarakter deutlich aufgeprägt ist, dienen jetzt der Vorbereitung zur Vorbereitung der Verbotskampagne gegen die NSD und zur Erleichterung des Handwerks für die Brüning und Schied. Die Dresdener Volkspolizei ist wieder einmal im „richtigen Fahrwasser“. Spitzaktionen und Denunziantentum für Unternehmern und Staat liegen ihr ja seit langem.